



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 27. September 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Mindestens vier Fliehende sind im Schwarzmeer ertrunken. 20 weitere werden vermisst. Ihr Boot legte in der Türkei ab.
http://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-vier-fluechtlinge-bei-bootsunglueck-ums-leben.1939.de.html?drn:news_id=795180 (23.09.17)
- Die myanmarische Regierungschefin Aung San Suu Kyi hat die nach Bangladesch geflohenen Rohingya zur Rückkehr eingeladen. Weiterhin sei es in mehr als der Hälfte aller Rohingya-Dörfer nicht zu Gewalt gekommen. Laut Angaben der UN sind 400.000 Menschen aus dem myanmarischen Staat Rakhine nach Bangladesch wegen, so die Vereinten Nationen, ethnischer Säuberungen geflohen.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/rohingya-konflikt-in-myanmar-suu-kyi-laedt-fluechtlinge-zur-rueckkehr-ein/20345668.html> (19.09.17)
- Über die Slowakei gelingt es einigen Fliehenden, über Österreich weiter nach Westeuropa zu fliehen. Die österreichische Regierung versucht diesen neuerlichen Umweg auf der Balkanroute zu unterbinden. Von den in diesem Jahr 12.000 Asylantragsteller*innen in Österreich seien 8.000 über die Balkanroute gekommen.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-oesterreich-geht-an-der-grenze-zur-slowakei-gegen-schlepper-vor-a-1168827.html> (20.09.17)
- Gestern stimmten knapp fünf Millionen Menschen über die Unabhängigkeit eines kurdischen Staats im Nordirak ab, dass sich eine Mehrheit dafür aussprach, wird erwartet. Eine Vielzahl von Staaten erkennt das Votum nicht an, die Türkei sprach sich mehrmals dagegen aus und rief alle Menschen türkischer Staatsbürgerschaft, die sich im Nordirak aufhalten, dazu auf, das Gebiet zu verlassen. Der Iran schloss im Vorfeld bereits seine Grenzen zum Nordirak und veranstaltete Militärmanöver im Grenzgebiet ab. Ebenso ließen der Irak und die Türkei Truppen aufmarschieren. Die UN befürchteten destabilisierende Konsequenzen.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/nordirak-tuerkei-reisewarnung-kurden-referendum> (25.07.17)
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/irak-kurden-referendum-unabhaengigkeit-tuerkei-militaer-antonio-guterres> (25.09.17)
<https://www.welt.de/politik/ausland/article169034522/Kurden-haben-abgestimmt-Irak-und-Tuerkei-lassen-Truppen-aufmarschieren.html> (26.09.17)

Bund, Land, Kommune

- Es war Bundestagswahl. Faschist*innen ziehen in den Bundestag ein. Die Ergebnisse für Sachsen nach Zweitstimmen (vorläufiges Ergebnis): 26,9% CDU, 16,1% Die Linke, 10,5% SPD, 27% AfD, 4,6% Grüne, 8,2% FDP. An die, die dafür gesorgt haben, dass die AfD hier stärkste Kraft wurde: nichts rechtfertigt eine solche Stimmabgabe!
<https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-14.html>
- Der ehemalige Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und heutige Beauftragte für „Flüchtlingsmanagement“ im Bundesinnenministerium, Frank-Jürgen Weise, äußert nach Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen nun das, was offensichtlich ist: der ausgesetzte Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte verhindere Integration und überlaste die Verwaltungsgerichte.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/frank-juergen-weise-ueber-fluechtlinge-frueherer-bamf-chef-familiennachzug-erleichtert-integration/20357064.html> (21.09.17)
- Die Familie Oueslati, deren Fall im Dezember von der Sächsischen Härtefallkommission abgelehnt wurde, sollte am Mittwoch abgeschoben werden. Mitten in der Maßnahme stellten die Behörden fest, dass das Verwaltungsgericht der Familie subsidiären Schutz zugesprochen hatte. Die Abschiebung wurde gestoppt.
<http://www.sz-online.de/nachrichten/oueslatis-duerfen-zunaechst-bleiben-3779179.html> (21.09.17)
- Es wird Kritik an der Sichtweise des sächsischen Verfassungsschutzes auf die Reichsbürger*innen laut. Die 718 dem Verfassungsschutz bekannten Faschist*innen gewinnen an Zulauf, dennoch relativiert die Behörde deren Ideologie. Sie sei so krude, dass sie kaum positive Resonanz finden würde. Nur 67 von ihnen wurden dem rechtsradikalen Spektrum zugeordnet. Kerstin Köditz, für Die Linke im Landtag, bezeichnet dies als abwegig: der Reichsgedanke entspringe schließlich direkt aus dem Nationalsozialismus. Der Politikwissenschaftler Paul Wellsow unterstreicht, dass sächsische Behörden bereits 2012 von dem Phänomen wussten. Das 2012 entstandene „Deutsche Polizei Hilfswerk“ sei nichts anderes eine Bürgerwehr und Vorläufer der Reichsbürger*innen gewesen. Doch trotz dass Razzien und Ermittlungsverfahren liefen, seien sie nicht im Verfassungsschutzbericht aufgetaucht. Sachsen bleibe sich treu, Rechtsradikalismus kleinzureden, so Wellsow.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/reichsbuerger-in-sachsen-solche-typen-duerfen-keine-waffen-tragen/20358338.html> (22.09.17)
- Bautzens Vize-Landrat Udo Witschas meinte, er sei von der Polizeidirektion Görlitz angewiesen worden, mit dem Nazi, mit dem er sich unterhielt, Kontakt aufzunehmen. Die Polizei bestritt das sofort. Die Kreisräte von Linken, Grünen und Freien Wählern sehen keine Möglichkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mehr.
<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/npd-chat-vize-landrat-witschas-beruft-sich-auf-polizei-100.html> (23.09.17)
- Erneut protestierten am vergangenen Freitag etwa 300 Menschen gegen die Abschiebung und Trennung einer Familie aus dem Hechtviertel. Mutter und Tochter waren in Deutschland verblieben, Vater und Söhne wurden nach Armenien abgeschoben. Nach der Kritik des Flüchtlingsrates äußerte auch der Landesbischof der evangelischen Kirche, Carsten Rentzing, Zweifel am Vorgehen der Behörden. Der Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth geht davon aus, dass die Sächsische Härtefallkommission mit dem Fall befassen wird. Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. hat den Fall nun eingereicht.
<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/demonstration-in-dresden-gegen-abschiebung-von-familie-aus-armenien-100.html> (21.09.17)

Hintergrund und Meinung

- Im Geflüchtetenlager Shatila in Beirut im Libanon leben 23.000 Menschen. Dunja Ramadan hat dort für die *SZ* recherchiert. Neben den Menschen palästinensischer Herkunft, die dort seit Jahrzehnten leben, sind nun auch viele Menschen syrischer Staatsbürgerschaft hinzugekommen. Libanon hat eine Bevölkerung von 4,5 Millionen Menschen und hat 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Die schon seit Jahrzehnten im Libanon befindlichen Palästinenser*innen und die nun neu hinzugekommenen Syrer*innen werden von bestimmten Berufen ausgeschlossen. In der libanesischen Gesellschaft aber sind es die Menschen syrischer Staatsbürgerschaft, über die sich nun vermehrt aufgeregt werde, gegen die Menschen ohne palästinensische Staatsbürgerschaft werde kaum mehr gehetzt. Die libanesischen Regierung versucht derzeit, neue Lager von Geflüchteten zu verhindern. Dies hat zur Folge, dass immer wieder notdürftige Behausungen abgerissen werden. Der Außenminister spricht sich inzwischen dafür aus, mit dem syrischen Regime über Abschiebungen zu verhandeln.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-im-libanon-wird-es-eng-1.3668802> (21.09.17)
- Schon vor längerer Zeit veröffentlicht, aber nicht minder aktuell: im Libanon werden Kinder syrischer Staatsbürger*innen geboren, die nun aber keine Staatsbürgerschaft erhalten. 84 % von 115.000 inzwischen geborenen Kindern Geflüchteter im Libanon seien nirgendwo registriert. Der bürokratische Vorgang benötigt sechs Schritte und verlangt neben einem Besuch bei der syrischen Botschaft auch Dokumente, die nach der Flucht oft nicht mehr vorhanden sind. Eine ganze Generation an Kindern wachse staatenlos auf, schreibt Dunja Ramadan in der *SZ*.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/libanon-die-staatenlosen-kinder-des-krieges-1.3541544>
(13.06.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe